

Die aktuellen Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrates zur Zukunft der Bibliotheksverbünde aus Sicht einer Universitätsbibliothek

Herbstsitzung 2011 der Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV) in Bayreuth

Dr. Dietmar Haubfleisch, UB Paderborn

- DFG: Positionspapier zur Weiterentwicklung der Bibliotheksverbünde als Teil einer überregionalen Informationsstruktur (02.02.2011):
http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_bibliotheksverbuende.pdf
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland (28.01.2011):
<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10463-11.pdf>
- Gemeinsame Erklärung der DFG und des Wissenschaftsrats zur Zukunft der Bibliotheksverbünde als Teil einer überregionalen Informationsinfrastruktur in Deutschland (03.02.2011):
<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1003-11.pdf> und
http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/gemeinsame_erklaerung_dfg_wr_bibliotheksverbuende.pdf

Die Kernkritik

DFG und WR kritisieren

- dass die regional ausgerichteten Strukturen des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland gravierende Schwächen zeigen, insbesondere bei der Entwicklung und dem Angebot innovativer Dienstleistungen für eine leistungsfähige Informationsinfrastruktur, und
- dass die im Verbundsystem vorhandenen Potentiale aus gesamtstaatlicher Sicht – u.a. durch ein regionales Parallelangebot an Basisdienstleistungen – nicht ausreichend ausgeschöpft werden.

Die Empfehlungen

Beide Wissenschaftsorganisationen

- empfehlen eine strategische Neuausrichtung und eine Neuordnung der in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen und seitdem organisatorisch wie technisch weitgehend unverändert bestehenden Bibliotheksverbünde,
- betonen, dass eine Reformierung und Neustrukturierung des Verbundsystems angesichts der gewandelten Rahmenbedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und Publizierens grundlegend notwendig ist und angesichts eines hohen Handlungsdrucks zeitnah umgesetzt werden sollte,
- zielen auf einen Systemwechsel von einer regional hin zu einer funktional organisierten Verbund- bzw. Dienstleistungsstruktur, durch die eine leistungs- und zukunftsfähige überregionale Informationsstruktur für Wissenschaft und Forschung nachhaltig ausgebaut und gesichert wird.

Die Adressaten

Die Empfehlungen richten sich in erster Linie

- an die Länder als Träger und Finanzgeber,
- das Verbundsystem selbst,
- an mögliche Akteure für innovative Programmförderung.

Die Aufgaben der Verbundsysteme

Wissenschaftliche Bibliotheken versorgen Forschung und Wissenschaft – an den Hochschulen auch Studium und Lehre – bedarfsgerecht mit Literatur und Information und stellen damit „einen wichtigen Teil der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur“ dar (WR, S. 5).

Einen Teil der von ihnen erwarteten Dienstleistungen können die wissenschaftlichen Bibliotheken mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht allein oder nicht hinreichend effizient erbringen. Daher pflegen sie zur Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit seit vielen Jahrzehnten regionale, nationale und internationale Kooperationen.

Eine besondere Rolle im kooperativen Miteinander spielen die regionalen Bibliotheksverbünde als „Zusammenschluss von wissenschaftlichen und in einigen Fällen weiteren Bibliotheken einer Region“ (WR, S. 13).

Aufgabe der Verbundzentralen ist es, die einem Verbund angehörenden Bibliotheken bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen zu unterstützen.

Das Ziel der Reform des Verbundsystems

Ziel der Reform des Verbundsystems ist es, „die Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland [zu] stärken – im Interesse des Forschungsstandorts und seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“.

(Matthias Kleiner, Präsident der DFG: DFG-Pressemitteilung Nr. 4 vom 03.02.2011: Bibliotheksverbünde. Plädoyer für nachhaltige Weiterentwicklung:

http://www.dfg.de/service/presse/pressemitteilungen/2011/pressemitteilung_nr_04/index.html

Daraus folgt,

- dass die wissenschaftlichen Bibliotheken ein fundamentales Interesse daran haben müssen, sich intensiv mit den Empfehlungen zur Zukunft der deutschen Bibliotheksverbünde auseinanderzusetzen und dazu aktiv Position zu beziehen.

Die Empfehlungen aus Sicht einer nordrhein-westfälischen Universitätsbibliothek

Siehe:

Bibliotheksdiest. Jg. 45 (2011), H. 10, S. 843-867:

Die aktuellen Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrates zur Zukunft der Bibliotheksverbünde aus Sicht einer Universitätsbibliothek

Dietmar Haubfleisch

1. Einleitung

Begleitet durch eine „Gemeinsame Erklärung“¹ haben Deutsche Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat Anfang Februar diesen Jahres Empfehlungen zur Zukunft der Bibliotheksverbünde in Deutschland veröffentlicht².

DFG und Wissenschaftsrat stellen darin fest, dass (1.) die „regional ausgerichteten Strukturen des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland [...] gravierende Schwächen insbesondere bei der Entwicklung und dem Angebot innovativer Dienstleistungen für eine leistungsfähige Informationsinfrastruktur [zeigen]“ und (2.) die „im Verbundsystem vorhandenen Potenziale [...] aus gesamtstaatlicher Sicht nicht ausreichend ausgeschöpft [werden]“ (GE, S. 2).

Beide Wissenschaftsorganisationen empfehlen eine strategische Neuorientierung

Avisierte Veränderungen auf drei Ebenen

Um die bestehenden Defizite zu beseitigen, bedarf es laut DFG und WR Veränderungen „auf drei Dimensionen des Verbundsystems“:

1. Klärung, welcher Dienstleistungen (Servicespektrum) es künftig bedarf und welches geeignete technische Verfahren sind, diese Dienste anzubieten,
2. Schaffung geeigneter organisatorischer Strukturen (neue Formen der Koordination und Arbeitsteilung im Verbundsystem),
3. Schaffung geeigneter finanzieller Steuerungsmechanismen.

Zu Dimension 1: Geeignete technische Verfahren und künftiges Servicespektrum

DFG und WR strukturieren die von Verbundzentralen und anderen Einrichtungen für die wissenschaftlichen Bibliotheken zu erbringenden Dienste in

- Basisdienste und
- Zusatzdienste bzw. neue Dienstleistungen.

Außerdem nehmen sie

- eine Abgrenzung dieser Dienste zu den von den einzelnen Bibliotheken lokal zu erbringenden Diensten vor.

Zu den Basisdiensten

Um die ursprünglichen Verbunddienste kooperative Katalogisierung und Fernleihe herum ist über die Jahrzehnte hinweg ein reichhaltiges Verbund-Dienstleistungsportfolio entstanden.

Zu klären ist,

- ob die Basisdienstleistungen alle erhalten bleiben müssen (so die DFG), oder ob es sein kann, dass die Verbundzentralen Dienste anbieten, die veraltet bzw. überflüssig sind (so der WR),
- welche der Dienste künftig nicht mehr nach dem Regionalprinzip, sondern durch bundesweit agierende Leistungszentren realisiert werden sollten und welche Basisdienste auch weiterhin multipliziert und regional fokussiert werden sollten.

Der Schwerpunkt: Verbunddatenpools (-datenbanken/-kataloge)

Die jetzige Situation muss aus Sicht von DFG und WR deutlich verändert werden:

- Die regionalen Verbundsysteme (Verbunddatenbanken) sollen mindestens auf nationaler Ebene zusammengeführt werden.
- Der Schwerpunkt ist von Verbundkatalogisierung (Erschließung) in Richtung Metadatenmanagement (Sammlung und Zusammenführung von Metadaten) zu verschieben.
- Aufgrund heute möglicher hoch differenzierter Retrievalmöglichkeiten soll künftig auf komplexen Verzeichnungsstrukturen verzichtet werden.
- Für die Recherche sind für Internetdienste gängige Standards einzusetzen (Suchmaschinen).

Ein nationaler Datenpool und ein nationales Nachweissystem?

Die DFG empfiehlt eine Zusammenführung der regionalen Verbunddatenpools zu einem (nationalen) Datenpool (Data-Store) als sogenannte Backend-Infrastruktur und alleinige Datengrundlage kooperativer Erschließungsverfahren in Deutschland.

- „Hier wäre der WorldCat mit einer bereits weit fortgeschrittenen Abdeckung deutscher Daten (trotz aller berechtigten Kritik an der derzeitigen Umsetzung) ebenso zu prüfen wie andere kurzfristig verfügbare Verfahren.“ (DFG, S. 9)

Der WR nennt zwei technische Optionen.

- Er sieht „entweder eine konsequente Integration dieser Daten auf der technischen Basis von OCLCs WorldCat oder aber in Form von in das offene Web integrierten Linked Open Data“ (WR, S. 40).

Es dürfte sinnvoll sein, weitere Optionen zu prüfen: Unter anderem sollte die in Entwicklung befindlichen Nachfolgesysteme der jetzigen Systemanbieter kritisch beobachtet und aktiv begleitet werden.

Zwei (oder mehrere) Datenpools und ein nationales Nachweissystem?

Denkbares Modell:

- Ein nationales Nachweis-/Retrievelsystem?
- Zwei (oder mehrere) Systeme zur Katalogisierung / für das Metadatenmanagement?

[...]



Siehe: Günter Hupfer: Wünsch Dir was. Die ideale Erschließung mit einem zentralen Katalogisierungssystem Perspektiven aus der Sicht der hbz-Verbunddatenbank. Vortrag auf dem Deutschen Bibliothekartag in Berlin am 08.06.2011:

http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2011/1086/pdf/Hupfer_Wuensch_dir_was_zentrales_Erschliessungssystem_DBT_2011_06_08_veroeffentlicht.pdf

Zu Dimension 2: Geeignete organisatorische Strukturen

DFG und WR halten die Schaffung neuer stringenter, verbundübergreifend-arbeitsteiliger Strukturen für erforderlich – um

- im Bereich des „ursprünglichen Kerngeschäftes der kooperativen Katalogisierung“ Rationalisierungsgewinne zu erzielen und frei werdende Ressourcen zur partiellen Abdeckung neuer Dienstleistungen verwenden zu können und
- um unnötige Mehrfacharbeit zu vermeiden und die Durchsetzung einheitlicher Standards zu erleichtern.

Überschaubare = Partizipatorische Verbundstrukturen? (1)

Ein Plädoyer für regionale Verbundstrukturen (vs. einen nationalen Bibliotheksverbund):

„Analysieren und Diskutieren ist einfacher; langes Planen kann auch einmal ersetzt werden durch Ausprobieren; Vorschläge und Anregungen haben einen ganz anderen Stellenwert; es bildet sich eine Mitarbeiterbasis in den Bibliotheken heraus, die ihr Verbundsystem effektiver zu machen sucht, weil sie sich damit identifizieren kann: Benutzerfreundlichkeit und Service haben als Werte mehr Chancen sich durchzusetzen, weil die Eigenständigkeit der Bibliotheken in einem überschaubaren Bereich größer ist als in einem Mammut-Unternehmen.“

Derartige Verbundsysteme können mit durchlässigen und natürlichen Organisationsstrukturen auskommen – und sie sollten das tun. Darin liegt ihre Stärke!

Small is beautiful!“

(Klaus-Dieter Lehmann, 1986)

Überschaubare = Partizipatorische Verbundstrukturen? (2)

Die Praxis zeigt jedoch – beispielsweise in Nordrhein-Westfalen –, dass auch in regionalen Strukturen die formalen und faktischen Einflussmöglichkeiten der Bibliotheken auf ihre Verbundzentralen limitiert sein können.

Fazit:

Die Qualität der Zusammenarbeit innerhalb eines Verbundes ist weniger von der Größe als von den formalen und faktischen Partizipationsmöglichkeiten der Verbundmitglieder abhängig.

Verbundübergreifende Steuerung (1)

DFG und WR vertreten die Auffassung,

- dass die existierenden Verbundstrukturen nicht geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland im Kontext der sich dynamisch wandelnden Informationslandschaft zu erhalten und innovativ zu verbessern,
- dass einige Verbundzentralen bestrebt sind, ihr Profil zu schärfen und Innovationen voran zu treiben, dass eine systematische Zusammenarbeit, auch hinsichtlich angebotener Dienstleistungen, erst ansatzweise vorhanden ist und bei weitem nicht ausreicht,
- dass die bestehenden Kooperationen zwischen den Verbundzentralen für die wissenschaftlichen Bibliotheken zu wenig transparent seien und umfassende Reformen eher behinderten als beförderten.

Verbundübergreifende Steuerung (1)

DFG und WR vertreten die Auffassung,

- dass die Gremienstruktur der Verbünde sich als innovationshemmend und ineffizient erweist (s. vor allem die Arbeitsgemeinschaft der Verbundsysteme (mit ihren beiden Untergruppen AG Kooperative Verbundanwendungen und AG Leihverkehr), die für die effektive Organisation der Arbeitsteilung unter den Verbundzentralen nicht geeignet erscheint.

M.E. ist aus Sicht der wissenschaftlichen Bibliotheken ist zu ergänzen,

- dass diese in die Arbeit dieser Verbundgremien kaum Einblick und – abhängig von der Struktur der einzelnen Verbünde – wenig bis keinerlei Einfluss haben,
- dass sie mit den Arbeitsergebnissen und -beschlüssen der Gremien konfrontiert werden und gehalten sind, diese umzusetzen.

Schaffung überregional koordinierender Instanzen

Aus Sicht der DFG müsste dem strukturellen Dilemma des Fehlens überregional koordinierender Instanzen mit ausreichender Regelungskompetenz und der damit erheblich eingeschränkten Möglichkeit, langfristig verbindlich (verbund-) übergreifende Arbeitsteilungen zu etablieren, begegnet werden, indem

- für eine Arbeitsteilung der Verbünde neue Kommunikationsstrukturen geschaffen werden, die in eine zukünftige bundesweite Koordination von Informationsdienstleistungen integriert werden, und
- behutsam, aber konsequent neue Steuerungsmechanismen eingeführt werden, die die Verbünde im höheren Maße als bisher in die Lage versetzen, neue Entwicklungen bedarfsoorientiert aufzugreifen und verlässliche Dienste aufzubauen.

DFG und WR empfehlen die Gründung eines verbundübergreifenden Strategegremiums – in dem die wissenschaftlichen Bibliotheken „zwingend“ (WR, S. 41) angemessen vertreten sein müssen.

Steuerung innerhalb der Bibliotheksverbünde

Der WR analysiert

- dass alle regionalen Verbundzentralen Einrichtungen der Bundesländer und letztlich den Weisungen der jeweils zuständigen Ministerien unterstellt sind,
- dass, damit die Mitgliedsbibliotheken Einfluss auf die Dienstleistungen der Verbundzentralen haben, in allen Verbünden bzw. bei den Verbundzentralen Gremien und Beratungsinstanzen eingerichtet sind, in denen Verbundbibliotheken vertreten sind,
- dass im Regelfall die allgemeine Steuerung der Verbünde den in der Verbundleitung versammelten Vertreterinnen und Vertretern der Bibliotheken und zuständigen Ministerien sowie in einigen Fällen den Leitungspersonen der Verbundzentralen liegt,
- dass der Einfluss der Verbundleitungen auf die Verbundzentralen unterschiedlich stark ist.

Die Situation in Nordrhein-Westfalen (1)

Für Nordrhein-Westfalen stellt der WR fest, dass hier

- keine Verbundleitung existiert und
- der Einfluss der wissenschaftlichen Bibliotheken auf ihre Verbundzentrale (auch im Vergleich zu den anderen Verbünden) formal ausgesprochen gering ist:

Der Beirat des hbz, dem jeweils zwei Vertreterinnen beziehungsweise Vertreter der Universitätsbibliotheken und der Fachhochschulbibliotheken, ein von der Verbundkonferenz gewähltes Mitglied und zwei Sachverständige angehören, und die vom Beirat eingesetzten Arbeitsgruppen haben lediglich beratende Funktionen. Das gilt auch für die Verbundkonferenz als einzigm Gremium, über das sich die dem Verbund angehörenden Bibliotheken gegenüber dem hbz formal direkt artikulieren können (WR, S. 22).

Dieser formale Rahmen war, solange es eine intensive staatliche Förderung und Steuerung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in Nordrhein-Westfalen und ein enges Miteinander von Verbundzentrale und wissenschaftlichen Bibliotheken gab, durchaus akzeptabel und praktikabel.

Die Situation in Nordrhein-Westfalen (2)

Diese Situation hat sich jedoch mit dem Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes zum 01.01.2007 grundlegend geändert:

Seitdem unterstehen die Hochschulen mit ihren Bibliotheken und das nach wie vor unmittelbar dem Wissenschaftsministerium unterstellte hbz nicht mehr gemeinsam dem staatlichen Weisungsrecht durch das Wissenschaftsressort.

Obgleich das hbz gemäß Satzung vom 25.09.2001 weiterhin zentrale, regionale und kooperative Dienstleistungs- und Entwicklungsaufgaben für die nordrhein-westfälischen Hochschulbibliotheken wahrnimmt, ist die notwendige Synchronisierung der Angebote des Hochschulbibliothekszentrums mit den Anforderungen der wissenschaftlichen Bibliotheken seit 2007 ‚komplexer‘ geworden.

Die Situation in Nordrhein-Westfalen (3)

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass aus Sicht der wissenschaftlichen Bibliotheken auch im Kontext der anstehenden Neustrukturierung der deutschen Verbundlandschaft eine Neustrukturierung des nordrhein-westfälischen Bibliotheksverbundes, die Schaffung einer Verbundleitung und eine deutliche Stärkung des Einflusses der wissenschaftlichen Bibliotheken auf die strategische Ausrichtung der Verbundzentrale erforderlich ist.

Denn gegenwärtig existiert keine Struktur, nach der Vertreter wissenschaftlicher Bibliotheken oder eines Beratungsgremiums des hbz die Legitimation hätten, diese in einem überregionalen strategischen Gremium zu vertreten.

Und auch das hbz hat bei genauer Betrachtung kein Mandat, in einem verbundübergreifenden Gremium für die wissenschaftlichen Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen zu agieren.

Zu Dimension 3: Geeignete finanzielle Steuerungsmechanismen

DFG und WR weisen darauf hin,

- dass ihre Vorschläge für Rationalisierungen im Bereich der traditionell geprägten Bibliotheksdienste dazu dienen sollen, nachfrageorientierte neue Zusatzdienste finanzieren zu können, und nicht dazu, Einsparungsoptionen für öffentliche Haushalte zu eröffnen,
- dass das derzeitige Finanzvolumen der Länder für Informationsservices, das eine Finanzzuweisung an Verbundzentralen ist, für die Sicherstellung einer vernetzten Informationsversorgung für die Wissenschaft erhalten bleiben und auch weiterhin die den bisherigen Regelungen entsprechenden Steigerungen erfahren muss.

Sie

- erachten die bisherige Pauschalzuweisung der Länder an die Verbundzentralen untauglich und
- fordern, dass die Preise für die einzelnen Dienste (z. B. der Betrieb des Lokalsystems) von den Anbietern künftig einzeln auszuweisen sind.

Finanzierungs- bzw. Verrechnungsmodelle (1)

Aus Sicht von DFG und WR sind die von Verbundzentralen und anderen Einrichtungen für die wissenschaftlichen Bibliotheken zu erbringenden Dienste künftig wie bisher durch die jeweiligen Bundesländer zu finanzieren.

Hierzu ist Folgendes anzumerken:

- Wenn es in Zukunft zum Regelfall wird, dass eine wissenschaftliche Bibliothek die Dienstleistung ‚fremder‘ Verbundzentralen oder anderer Anbieter nutzt, so muss es zwischen den Einrichtungen resp. zwischen den beteiligten Ländern zu einer (wie auch immer gearteten) leistungsbezogenen Verrechnung kommen.

Die DFG stellt fest,

- dass das von ihr vorgeschlagene funktionale Verbundmodell nur dann praktikabel ist, wenn die einzelnen Bibliotheken in der Lage sind, Dienstleistungen bei externen Anbietern ‚einkaufen‘ zu können. Das aber werden sie nur dann tun, so die DFG, wenn sie für solche Einkäufe „finanziell entsprechend ausgestattet“ werden, etwa indem sie „über einen Teil der bisher zentral ausgewiesenen Mittel eigenverantwortlich verfügen können“ (DFG, S. 10).

Finanzierungs- bzw. Verrechnungsmodelle (2)

Für eine Bereitstellung der derzeit den Verbundzentralen pauschal zugewiesenen Landesmittel für die einzelnen wissenschaftlichen Bibliotheken eines Bundeslandes sind im Grundsatz folgende Modelle denkbar:

- Die pro Bibliothek vorgesehenen Budgets könnten im zuständigen Ministerium verwaltet und direkt an die Erbringer der Dienstleistung überwiesen werden.
- Die Mittel könnten weiterhin an die regionalen Verbundzentralen fließen, von diesen für die wissenschaftlichen Bibliotheken verwaltet und dann im Sinne einer realen Leistungsabrechnung direkt an die Erbringer der Dienstleistung weitergeleitet werden.
- Die Mittel könnten (zumindest für einen gewissen Zeitraum) treuhänderisch über die DFG oder eine andere Einrichtung (vgl. DFN-Verein) für die wissenschaftlichen Bibliotheken verwaltet werden.
- Die Ministerien könnten die Mittel mit eindeutiger Zweckbindung über die Hochschulen den einzelnen wissenschaftlichen Bibliotheken zukommen lassen.

Jedes der denkbaren Modelle ist mit Vor- und Nachteilen verbunden, die besonnen gegeneinander abgewogen werden müssen.

Resümee

Mit ihren Empfehlungen zur Zukunft der Bibliotheksverbünde haben DFG und WR einen wichtigen Vorstoß gemacht, das Verbundsystem zu reformieren, um die Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland im Interesse des Forschungsstandortes und seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu stärken.

Die Empfehlungen bergen eine ganze Reihe von Risiken

- für die Gesamtstruktur,
- für die Verbundzentralen,
- für die wissenschaftlichen Bibliotheken und
- damit letztendlich auch für deren Kundinnen und Kunden der wissenschaftlichen Bibliotheken.

... und die Verbundzentralen?

Es sieht danach aus, dass sich die Verbundzentralen mit den Empfehlungen auseinander setzen und zumindest partiell (mündliche) Signale in Richtung Veränderungsbereitschaft aussenden.

Zu hoffen ist, dass die Verbundzentralen nicht nur ein Interesse an der Akquise von DFG-Fördermitteln haben, sondern ein wirkliches Interesse am Aufbau zukunftsfähiger, neuer Strukturen.

Auffallend ist, dass sich die Verbundzentralen bislang öffentlich und verbindlich nur sehr zögerlich äußern.

Fragen:

- Warum äußern sich die Verbundzentralen als Mitglieder der Sektion 4 nicht im Kreis der Sektion 4?
- Warum stellen sie sich nicht einer intensiven Diskussion mit denjenigen Einrichtungen, die ihnen ihre Existenzberechtigung geben?

... und die Ministerien?

...?

Bleibt zu hoffen

- dass sich die Sorge des WR, die föderale Zuständigkeit könnte das einzige verbliebene Hindernis auf dem Weg zu einer Etablierung eines weitgehend funktional differenzierten Verbundsystems sein, als unberechtigt erweisen wird und die Reform nicht im Gefüge der Ministerialbürokratien stecken bleibt,
- dass die Ministerien die Zeichen der Zeit verstehen, dass sie eine langfristige Sicherstellung einer vernetzten Informationsversorgung gewährleisten und dazu beitragen, dass – u. a. durch neue Formen der Mittelverteilung bzw. -verrechnung – die wissenschaftlichen Bibliotheken in die Lage versetzt werden, sich länderübergreifend mit den Diensten zu versorgen, die sie für die adäquate Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

... und die wissenschaftlichen Bibliotheken? (1)

Mit ihren Empfehlungen zur Zukunft der Bibliotheksverbünde haben DFG und WR einen wichtigen Vorstoß gemacht, das Verbundsystem zu reformieren, um die Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland im Interesse des Forschungsstandortes und seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu stärken.

Das heißt: Mehr noch als die Verbundzentralen und die Ministerien muss von den wissenschaftlichen Bibliotheken erwartet werden, sich mit den Verbundempfehlungen von DFG und WR auseinander zu setzen.

Sie kennen von der 'Nachfrageseite' her, durch ihre direkten und intensiven Kontakte mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit den Forschenden und Lehrenden vor Ort, wie wohl keine anderen Dienstleistungseinrichtungen im Gefüge der Verbundarbeit die aktuellen und zu erwartenden Bedarfe von Forschung und Lehre.

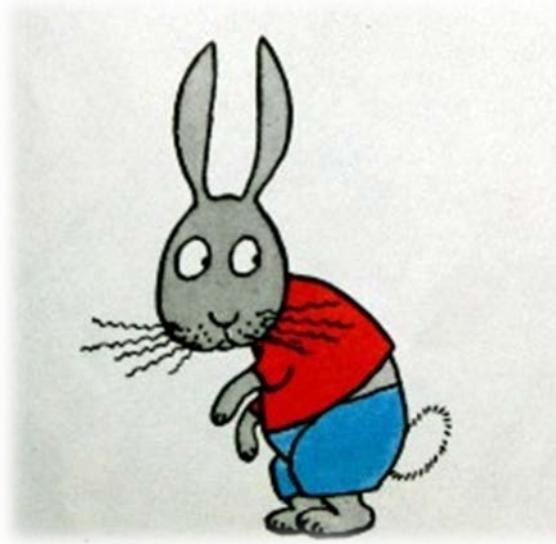
Sie sind damit in der Lage, nicht nur das operative Alltagsgeschäft zu bewältigen, sondern auch Trends und zukünftige Anforderungen zu erkennen.

... und die wissenschaftlichen Bibliotheken? (2)

Auch wenn der kritischen Bemerkung der DFG, dass unter den Bibliotheken das Vorantreiben neuer Entwicklungen „sehr unterschiedlich verbreitet“ ist (DFG, S. 7), nicht gänzlich widersprochen werden kann: Die wissenschaftlichen Bibliotheken sind seit Beginn der Verbundarbeit Innovationstreiber. Sie können und müssen aktiv Anforderungen für zukunftsträchtige Überarbeitungen bestehender Dienstleistungen und für das Erbringen neuer Dienste an externe Dienstleister, an Verbundleitungen beziehungsweise strategische Verbundgremien formulieren.

Die wissenschaftlichen Bibliotheken müssen die sich mit den Empfehlungen eröffnenden Chancen nutzen und ihren aktiven Beitrag dazu leisten, gegenüber den zuständigen Ministerien und ihren Verbundzentralen deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass sie mit DFG und WR eine grundlegende Reform der Verbundstrukturen als unumgänglich erachten.

... und die wissenschaftlichen Bibliotheken? (3)



„Die lokalen Entwicklungen erzeugen den Druck, der [im Gesamtsystem resp. in den regionalen Verbundzentralen] zu Anpassungen führen [muss].“

... dieser Satz von Klaus-Dieter Lehmann (1986) sollte nach wie vor Gültigkeit haben.

PS: Stellungnahme der AG UB NRW (1)

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Universitätsbibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen (AG UB) zu den Empfehlungen von DFG und WR zur Zukunft der Bibliotheksverbünde, gerichtet an das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, beschlossen AG UB-Sitzung am 11.10.2011.

Hier heißt es unter anderem:

- Die AG UB begrüßt, dass sich DFG und WR mit den bibliothekarischen Verbundsystemen in Deutschland auseinander gesetzt haben und – begleitet durch eine ‚Gemeinsame Erklärung‘ – Anfang Februar diesen Jahres Empfehlungen zur Zukunft der Bibliotheksverbünde in Deutschland veröffentlicht haben.

Stellungnahme der AG UB NRW (2)

- Die von beiden Wissenschaftsorganisationen geäußerte Kritik an der heutigen Verbundlandschaft wird von der AG UB im Wesentlichen geteilt. Insbesondere erkennt die AG UB mit DFG und WR die großen Redundanzen bei den bibliographischen Daten sowie die deutlichen Defizite bei innovativen Informationsdiensten. Die Empfehlungen der DFG und des WR bieten aus Sicht der AG UB daher eine einmalige Chance zur effektiven und effizienten Weiterentwicklung der Informationsversorgung und damit einer Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland.
- Aufgabe der Verbundzentralen ist es, so auch DFG und WR, die einem Verbund angehörenden Bibliotheken bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen zu unterstützen. Alle Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Verbundsysteme sind daher primär an den Anforderungen der wissenschaftlichen Bibliotheken – und damit letztlich an den Anforderungen von deren Kundinnen und Kunden, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wie auch den Studierenden – zu messen.

Stellungnahme der AG UB NRW (3)

- Die AG UB teilt die Auffassung von DFG und WR, dass es zur Beseitigung der bestehenden Defizite Veränderungen auf drei Dimensionen des Verbundsystems bedarf:
 1. einer Klärung geeigneter technischer Verfahren und künftiger Services,
 2. geeigneter organisatorischer Strukturen und
 3. geeigneter finanzieller Steuerungsmechanismen.
- Bezuglich geeigneter technischer Verfahren und künftiger Services gilt es aus Sicht der AG UB in einem ersten Schritt zu klären, welche Bedarfe an sogenannten Basisdiensten und an künftigen innovativen Zusatzdiensten seitens der wissenschaftlichen Bibliotheken tatsächlich bestehen, welche der existierenden Dienste künftig weiterhin regional oder national nur noch einmal von Verbundzentralen oder anderen Anbietern erbracht werden sollten.

Stellungnahme der AG UB NRW (4)

- Die AG UB bittet das Ministerium,
 - sich deutlich für eine Neustrukturierung der deutschen Bibliotheksverbünde im Sinne von DFG und WR einzusetzen,
 - die wissenschaftlichen Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen in die Entscheidung über zukünftig regional oder national zu erbringende Basis- und Zukunftsdienste einzubeziehen,
 - eine strukturell zukunftsfähige Basis künftiger Verbundarbeit zu schaffen, für die eine angemessen starke formale Einbindung der wissenschaftlichen Bibliotheken in Verbundarbeit und -entscheidungen unabdingbar ist, und
 - die wissenschaftlichen Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen organisatorisch und finanziell in die Lage zu versetzen, Dienstleistungen von Anbietern außerhalb von Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen zu können.

Stellungnahme der AG UB NRW (5)

- Die AG UB hat in den letzten Jahren, teilweise gemeinsam mit den Hochschulleitungen, mit der AG der Fachhochschulbibliotheken und mit dem Beirat des Hochschulbibliothekszentrums eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die auf eine Optimierung bibliothekarischer (Verbund-) Arbeit in Nordrhein-Westfalen zielen. Sie ist bereit, diese Arbeit im Dialog mit Ministerium und Hochschulbibliothekszentrum vor dem aktuellen Hintergrund der Verbundempfehlungen von DFG und WR intensiv fortzuführen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Dietmar Haubfleisch
Universitätsbibliothek Paderborn
d.haubfleisch@ub.uni-paderborn.de
www.ub.uni-paderborn.de